

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Verkehrslenkung Berlin wieder auf die Spur bringen (I) – straßenverkehrsbehördliche Arbeit dezentralisieren und Zusammenarbeit verbessern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Verkehrslenkung Berlin neu zu strukturieren, um die Arbeit effizienter zu gestalten:

- Die Aufgaben der Straßenverkehrsbehörden von Land und Bezirken sind dezentraler zu verteilen. Dazu ist in Zusammenarbeit mit den bezirklichen Straßenverkehrsbehörden festzulegen, welche Aufgaben direkt von den bezirklichen Straßenverkehrsbehörden bzw. Straßen- und Grünflächenämtern erfüllt werden können. Dazu erforderliches Personal ist den Bezirken bereitzustellen. Außerdem ist die Überarbeitung des Zuständigkeitskatalogs (ZustKatOrd) Nr. 22b Abs. 4-6 (Zuständigkeiten der Bezirke) und Nr. 35 Abs. 3 (Zuständigkeit der VLB) notwendig. Für die Übersicht über die geplanten Baustellen über die Bezirksgrenzen hinaus soll ein durch alle Bezirke einsehbares und aktualisierbares Kataster erstellt werden.
- Kurzfristig soll ein Modellversuch in einem oder mehreren Bezirken durchgeführt werden, bei dem alle straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen im Zusammenhang mit Baustellen unter 24 Stunden und Wanderbaustellen durch den/die Bezirk(e) vorbereitet und koordiniert werden.
- Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlungen und Vorschläge der Bezirksämter sind in angemessener Zeit zu bearbeiten und zu beantworten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. April 2015 zu berichten.

Begründung:

Seit Jahren gibt es große Klagen aus den Bezirken über die Zusammenarbeit mit der Verkehrslenkung Berlin. Die Abstimmung zwischen der VLB und den Bezirken ist momentan ineffizient und schafft Doppelarbeit. Viele Projekte verzögern sich, da die Genehmigung durch die Verkehrslenkung Berlin über Monate oder gar Jahre nicht erfolgt.

Aus vielen Bezirken kommt die Forderung nach einer Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bezirken und der Verkehrslenkung Berlin, um die Arbeit effizienter zu gestalten und die Aufgaben der VLB auf das Wesentliche zu konzentrieren. Dabei sollte die Zuständigkeit für die beiden unteren Kategorien des übergeordneten Straßennetzes überprüft werden. Darüber hinaus sollte zum Beispiel erwogen werden, die Einrichtung von Baustellen unter 24 Stunden und Wanderbaustellen beispielsweise für Baumschnittarbeiten durch die Bezirke zuzulassen. Ein Modellversuch wäre hierzu ein erster Schritt, um die Erfahrungen anschließend auf ganz Berlin zu übertragen. Für die Koordination über die Bezirksgrenzen hinweg ist ein für alle Bezirke zugängliches Kataster zu erstellen. Dafür könnte eventuell das im Aufbau befindliche Kataster der Aufgrabeverbote erweitert werden.

Aufgrund der angespannten Übertragung weiterer Aufgaben an die Bezirke muss die Dezentralisierung mit einer Verlagerung von Personal von der Verkehrslenkung in die Bezirke bzw. ggf. Personalaufstockung einhergehen.

Bezirke leiden momentan sehr unter den sehr langen Bearbeitungszeiten der Verkehrslenkung Berlin. Anfragen der Bezirksämter und durch die Bezirksämter weitergeleitete Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlungen werden häufig monate- oder sogar jahrelang nicht beantwortet. Dadurch werden notwendige, und oft auch schnell und kostengünstig umsetzbare Maßnahmen – beispielsweise zur Erhöhung der Verkehrssicherheit – unnötig verzögert.

Berlin, den 8. Januar 2015

Pop Kapek Gelbhaar Moritz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen